

Johannes Varwick: Persönliche Erklärung zum BSW-Umgang mit der AfD (08.06.2026)

Kurzfassung: Die AfD liegt bei Umfragen in mehreren ostdeutschen Bundesländern deutlich vorn, so auch in Sachsen-Anhalt. Dort dürfte sie nach der Wahl im September 2026 die Regierungsbildung maßgeblich prägen. Die AfD bietet mehr als genug inhaltliche Angriffsflächen und sie ist politischer Gegner, nicht Partner. Bisherige Strategien im Umgang mit der AfD – ignorieren, „wegregieren“, ausschließen oder verbieten – haben jedoch ihren Zuspruch bei den Wählern nicht verringert. Im Gegenteil: Die sogenannte Brandmauer stärkt die AfD. Der Umgang mit der AfD sollte sich in einem Spannungsverhältnis zwischen einem „toleranten Demokratieverständnis“ (Kelsen) und der Idee einer „wehrhaften Demokratie“ (Loewenstein) bewegen. Kompatibel mit beiden Modellen ist eine harte, aber sachliche Auseinandersetzung mit den Inhalten und auch eine neue, unkonventionelle Strategie politischer Mehrheitsbildung. Der vom BSW in Sachsen-Anhalt vertretene Ansatz sieht die Abkehr von festen Koalitionen hin zu Minderheits- oder „Bürgerregierungen“ mit wechselnden Mehrheiten vor, bei der ein parteiloser Ministerpräsident und ein Expertenkabinett Entscheidungen je nach Thema treffen. Das ist angesichts der politischen Lage im Land ein wertvoller Beitrag zur Diskussion und zeigt, dass das BSW gebraucht wird. Anders als oftmals medial dargestellt bedeutet dieser Ansatz keineswegs eine politische Annäherung des BSW an die AfD. Dennoch weist diese Strategie offene Flanken auf und bedarf in einigen Punkten einer Klärstellung, um Missverständnisse zu vermeiden.

Das deutsche Parteiensystem und damit die deutsche Politik sind in Bewegung, wie lange nicht. Der Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) markiert eine politische Zeitenwende in Deutschland. In mehreren ostdeutschen Bundesländern liegt die Partei bei Umfragen deutlich vorn, besonders drastisch zeigt sich die Entwicklung in Sachsen-Anhalt, wo im September 2026 der Landtag gewählt wird. Deutlich mehr als 40 Prozent der Befragten würden ihr Kreuz bei der AfD machen – unwahrscheinlich, dass sich bis zum Wahltag an diesen verfestigten Einstellungsmustern noch was Fundamentales ändert. Selbst eine (bislang als undenkbar geltende) Koalition aus den aktuell laut Umfragen sicher im Landtag vertretenen Parteien CDU und Linken hätte unter diesen Bedingungen Schwierigkeiten, eine stabile eigene Mehrheit zu organisieren. Kämen auch SPD, Grüne, FDP und BSW in den Landtag, sähe die Lage etwas anders aus. Wenn das BSW über die 5 Prozent-Hürde kommt, wäre eine Alleinregierung der AfD sehr unwahrscheinlich. Trotzdem ist davon auszugehen, dass die AfD mit großem Abstand stärkste Partei wird und entweder den Ministerpräsidenten stellt und/oder zumindest eine wie auch immer geardete Koalitionsregierung entscheidend prägen wird.

Die denkbaren Strategien im Umgang mit der AfD – von **„Wegregieren“ (1)**, über **„Ignorieren“ (2)**, bis **„Ausschließen“ (3)** oder **„Verbieten“ (4)** haben alle bisher entweder nicht funktioniert oder nicht dazu geführt, dass die AfD an Bedeutung verliert. Insbesondere die Brandmauer-Strategie (eine Variante von 3) hat sogar zunehmend paradoxe Effekte. Sie zwingt alle übrigen Parteien in komplizierte Verhinderungscoalitionen, die die AfD eher stärkt als schwächt – und verschafft der AfD zugleich die für sie bisher komfortable Rolle als radikale Opposition ohne jede Regierungsverantwortung.

Demokratie bedeutet, dass das Volk entscheidet. Erhält eine Partei in Umfragen und dann auch in freien Wahlen derart große Zustimmung, erscheint ihre Beteiligung an der Regierung – oder sogar ein Ministerpräsident aus ihren Reihen – als logische und unvermeidbare Konsequenz. Diese Debatte betrifft mich persönlich in dreifacher Hinsicht: Als Professor für Politikwissenschaft der Universität Halle-Wittenberg und damit als Beamter des Landes Sachsen-Anhalt (**Perspektive 1**), als politischer Mensch und Staatsbürger (**Perspektive 2**) und als „critical friend“ einer der neu entstandenen Parteien, des BSW (**Perspektive 3**).

Diese drei Rollen sind nicht immer ganz einfach auseinanderzuhalten und daher möchte ich meine Position(en) hier so deutlich wie möglich darlegen. Als Beamter habe ich eine besondere Verantwortung, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Zugleich habe ich mich immer gegen die Gleichsetzung von „Nazis“ und AfD gewehrt und war auch immer der Auffassung, „rechts“ bedeutet nicht gleich „rechtsextrem“. Auch gibt es politische Inhalte und Themen, die nicht schon deshalb falsch sind, weil sie auch von der AfD vertreten werden. Demokratie ist keine voraussetzungslose Schönwetterordnung. Sie muss sich gerade dann bewähren, wenn politische Konflikte schärfer werden. Streit gehört zum Wesen demokratischer Systeme – aber dieser Streit findet nicht im luftleeren Raum statt. Er ist an die gemeinsame Grundlage der freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnung gebunden – und ich – das ergibt sich schon aus **Perspektive 1** – ebenso.

Im Fall der AfD stellt sich genau hier die entscheidende Frage. Begriffe wie „Passdeutsche“, „großer Austausch“ oder „orientalische Landnahme“ verweisen auf ein Denken, das weit über zugespitzte konservative Positionen hinausgeht. Nicht alle in der AfD sind rechtsextrem (das gilt für Funktionäre, Mitglieder wie Wähler), aber die Verbindungen ins rechtsextremistische Milieu sind vielfach belegt. In Teilen der Partei wird zudem die Idee gleicher Rechte und gleicher Würde relativiert. Der völkische Flügel versteht politische Gemeinschaft vor allem als Abstammungsgemeinschaft – ein Verständnis von Politik, das dem Kern des deutschen Verfassungsstaates widerspricht. Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalt gilt die Landespartei seit 2023 als „gesichert rechtsextrem“ – daran ändert auch das jüngste Urteil der Verwaltungsgerichts Köln nichts, das der gleichlautenden Einstufung der Bundespartei einstweilen untersagt hat.

Damit verschiebt sich die eigentliche Frage. Es geht nicht nur darum, wie mit einer beim Wähler erfolgreichen Oppositionspartei umzugehen ist. Es geht darum, wie eine Demokratie reagiert, wenn eine Partei mit erheblichem Rückhalt in der Bevölkerung zugleich Positionen vertritt, die in Teilen als verfassungsfeindlich gelten. Diese Spannung ist nicht neu. Sie erinnert an eine klassische Debatte der Staatsrechtslehrer Hans Kelsen und Karl Loewenstein in Zeiten der Weimarer Republik in den 1920 und 1930er Jahren. Kelsen vertrat einen radikal liberalen Demokratiebegriff. Demokratie müsse grundsätzlich jede politische Meinung tolerieren – selbst antidemokratische –, solange sie friedlich vertreten

werde. Die rote Linie verlaufe erst dort, wo Gewalt ins Spiel komme. Loewenstein formulierte dagegen das Konzept der „wehrhaften Demokratie“. Seine Warnung lautete, dass Demokratiefeinde demokratische Verfahren als trojanisches Pferd nutzen könnten. Deshalb müsse eine Demokratie bereit sein, sich gegen ihre Gegner zu verteidigen – notfalls auch mit Mitteln, die sie unter normalen Umständen nicht einsetzen würde.

Die gegenwärtige Debatte über den Umgang mit der AfD bewegt sich genau zwischen diesen beiden Polen. Einerseits verlangt demokratischer Pluralismus ein hohes Maß an Toleranz. Andererseits darf eine Demokratie nicht naiv gegenüber Kräften sein, die ihre Grundlagen infrage stellen. Idealtypisch wünschenswert aus **Perspektive 2 und 3** wäre eine klare Sortierung: ein linksliberales Lager auf der einen, ein liberal-konservatives auf der anderen Seite. Und dazwischen gehaltvoller Streit. Doch so läuft es nun mal eben nicht. Erwartbar sind vielmehr weitere Polarisierung und Radikalisierung. Am Ende dieser Entwicklung steht dann entweder eine Alleinregierung der AfD oder eine CDU-AfD bzw. AfD-CDU-Koalition. Letztere würde wohl nur dann eine Option sein, wenn die AfD sich von ihren Extremisten trennt. Sonst zerreißt es die Union, mit ihren unterschiedlichen Flügeln. Erwartbar ist dann wohl eher, dass es nach der Wahl in Sachsen-Anhalt aus der CDU einzelne Überläufer geben wird, die dann bei knapper parlamentarischer Mehrheit der AfD doch zur Alleinregierung verhelfen.

In Lessings Nathan der Weise heißt es „begriffst Du aber, wie viel andächtig schwärmen leichter, als gut handeln ist“. Anders formuliert: Wer Erklärungskraft und gar Gestaltungsfähigkeit beansprucht – sei es als Beobachter von Politik oder als Akteur in der Politik – kann sich nicht leisten, allein auf „moralisch sicher Seite“ zu stehen oder der reinen Lehre zu entsprechen. Es gilt vielmehr, aus der oben beschriebenen Lage nüchtern Konsequenzen ziehen. Und dabei womöglich bisherige Positionen zu hinterfragen und zu revidieren.

Damit zu meiner **dritten Perspektive** als „critical friend“ des BSW. Ich stimme nicht jeder Einzel- oder Richtungsentscheidung des BSW zu und muss diese auch nicht erklären. Zugleich bin ich BSW-nah und durch meine [Mitwirkung in der BSW-Grundsatzkommission](#) auch deutlich positioniert. Daher kann es mir nicht gleichgültig sein, wenn mich zahlreiche und oft besorgte Fragen erreichen, ob das BSW nun mit der AfD zusammenarbeiten wolle.

Wie ich persönlich zur AfD stehe, ist vielfach dokumentiert. Ich habe mich in Sachsen-Anhalt bereits 2017 gegen die [Identitäre Bewegung als Vorfeldorganisation der AfD engagiert](#) und unter anderem 2024 den Aufruf [„Wehrhafte Demokratie ernst nehmen – über AfD-Verbot nachdenken“](#) initiiert. Rechtsextreme Parteien sind für mich politische Gegner und sie sollten weniger und nicht mehr Einfluss in der deutschen Politik haben. Ich kenne bisher niemanden im BSW, der die AfD „gut fände“ oder einfach mit ihr zusammenarbeiten will. Aber angesichts der Lage in Sachsen-Anhalt lösen Gegen-Koalitionen,

die ausschließlich dazu dienen, unliebsame Parteien zu verhindern, keine Probleme. Der Streit dreht sich vielmehr um die Frage, wie in einem Land wie Sachsen-Anhalt mit etwa 40 Prozent AfD in den Umfragen eine Regierung ohne AfD-Beteiligung gebildet werden kann und ob die „Brandmauer“ (gut gemeint, aber problematisch) der Weisheit letzter Schluss ist. Das BSW will zeigen, dass die Blockade, die im Landtag nach der Wahl wahrscheinlich ist, kein Naturgesetz ist, sondern es andere Möglichkeiten gäbe. In dieser Lage hat das BSW in Sachsen-Anhalt die Strategie entwickelt, die Brandmauer abzulehnen und zugleich den Gedanken einer Minderheitenregierung in die Debatte einzubringen.

Diese – bislang zu wenig und wenn doch zu einseitig diskutierte – Alternative besteht darin, die politische Praxis in Deutschland zu verändern. Minderheitsregierungen und wechselnde Mehrheiten passen bisher zwar nicht zur Funktionslogik parlamentarischer Demokratie in Deutschland. Was aber tun, wenn die etablierten Spielregeln der deutschen Demokratie nicht mehr funktionieren? Es hat sich in Deutschland, so formulieren es auch politikwissenschaftliche Kollegen wie Philip Manow und Christian Stecker, über Jahrzehnte eine Art politische Monogamie etabliert: stabile Koalitionen, die für eine gesamte Legislaturperiode geschlossen werden. Doch in fragmentierten Parteiensystemen kann ein starres Gegeneinander von Regierung und Opposition kaum noch funktionieren. Kern der BSW-Überlegungen ist nun, dass politische Entscheidungen je nach Thema mit unterschiedlichen Partnern getroffen werden sollten. Dafür kann es erforderlich sein, eingefahrene Wege zu verlassen und Demokratie in mancherlei Hinsicht neu zu denken. Instrument dafür ist nach Vorstellungen des BSW eine so genannte „Bürgerregierung“ unter der Führung eines überparteilichen und parteilosen Ministerpräsidenten. Das Kabinett solle dann nicht aus Berufspolitikern bestehen, sondern aus Fachleuten aus der Mitte der Gesellschaft. Die von diesem Expertenkabinett erarbeiteten Vorschläge müssten dann im Parlament wechselnde Mehrheiten finden. Dabei wäre es unerheblich, aus welchen Parteien die Stimmen kommen. Jedenfalls müsste sich eine solche Regierung wechselnde Mehrheiten für ihre Gesetzesvorhaben in jedem Einzelfall mühsam organisieren. Dazu müsste man sich um Parlament über Parteigrenzen hinweg austauschen, auch mit jenen, die man ablehnt.

Ich halte das angesichts der wahrscheinlichen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse für eine nachvollziehbare und bedenkenswerte Position. Regieren wäre instabiler als in klassischen Koalitionsregierungen, aber wenn Minderheits- oder „Bürgerregierungen“ immerhin noch eine gewisse Handlungsfähigkeit jenseits einer AfD-geführten Regierung brächten, wäre das keine schlechte Option. Es kann jedenfalls nicht im Sinne der Demokratie sein, große Wählergruppen dauerhaft und systematisch auszugrenzen oder eine faktisch handlungsunfähige Koalition aller gegen einen zu bilden.

Zugleich habe ich Einwände: Das fängt mit der Terminologie an. Begriffe wie „Altparteien“ oder „Systemparteien“ sind für mich problematisch und polarisieren unnötig. Auch unklare Verantwortlichkeiten, wechselnde Zufallsmehrheiten und hohes Risiko des

Scheiterns sprechen gegen ein solches Modell. Vor allem aber braucht eine Regierung an bestimmten Punkten eine verlässliche parlamentarische Mehrheit und das bedingt nun mal bestimmte Rationalitäten und Notwendigkeiten, die dann doch für formelle Koalitionen sprechen. Das gilt nicht nur bei Haushaltsfragen und (in der Politik immer bestehenden) Verteilungskonflikten, sondern fängt schon bei der Wahl des Ministerpräsidenten an. Für den Fall, dass die AfD aufgrund nicht vorhandener eigener Mehrheit keinen eigenen Kandidaten zum Ministerpräsidenten wählen kann und ein parteiloser Ministerpräsident bei der Wahl im Landtag in den ersten beiden Wahlgängen trotz BSW-Zustimmung keine Mehrheit bekäme, stellt sich sofort die Frage, was dann im dritten Wahlgang passiert. Mit Enthaltung des BSW könnte aufgrund der Besonderheiten in der Landesverfassung im dritten Wahlgang in diesem Fall doch ein AfD Kandidat mit relativer Mehrheit zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Will das BSW das wirklich? Was sagen potentielle Wähler dazu? Hier ist Klarstellung erwünscht.

Die vom BSW auf die Agenda gesetzte Debatte um die Zukunft parlamentarischer Demokratie und politische Gestaltungsoptionen in überaus polarisierten Zeiten sind wertvolle Beiträge zur Diskussion und zeigen, dass das BSW dazu beitragen kann, eine politische Repräsentationslücke kleiner zu machen. Der Umgang mit der AfD ist dabei nicht das Hauptproblem, aber doch für politische Glaubwürdigkeit zentral. Er sollte sich in einem Ausloten des Spannungsverhältnis zwischen einem „toleranten Demokratieverständnis“ (Kelsen) und der Idee einer „wehrhaften Demokratie“ (Loewenstein) bewegen.

Kompatibel (ja sogar notwendig) mit beiden Modellen ist eine verstärkte und sachliche Auseinandersetzung mit den Inhalten und wohl auch Ideen für neue Strategien politischer Mehrheitsbildung und des Regierens unter neuen Bedingungen. Jedenfalls sind traditionelle Lehrbuchweisheiten zur Funktionslogik parlamentarischer Systeme allein keine tragfähige Option mehr. Zugleich bietet die AfD mehr als genug Angriffsflächen und sie ist politischer Gegner, nicht Partner. Eine konkrete und möglichst sachliche Auseinandersetzung mit ihrer Programmatik müsste dies deutlicher sichtbar machen als ein permanentes Abgrenzungsbedürfnis oder/und „Wählerbeschimpfung“. Die etwas unklare Doppelpositionierung des BSW – einen AfD Kandidaten nicht zu wählen aber ihn durch mögliche Enthaltung schließlich doch zum Ministerpräsidenten zu machen – weist zugleich auf offene Flanken und bedarf der Klarstellung. Aber anders als oftmals medial dargestellt bedeutet dieser Ansatz keineswegs eine politische Annäherung des BSW an die AfD.

Kontakt: www.johannes-varwick.de